

Klima-Seniorinnen

Abstruse Gedanken



Klimaseniorinnen

Zeitungsmeldung

Am 9. April 2024 rügte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Schweiz: Das Land verletzte die Menschenrechte, weil es zu wenig unternahme, um ältere Personen vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Diese Zeitungsmeldung sorgte nicht nur in der Schweiz für Aufsehen, sondern auch Europaweit und sogar Weltweit. Auch mich liess diese Meldung nicht mehr los, und nun nach 10 Tagen habe ich mich entschlossen, dass ich begann darüber zu recherchieren und zu schreiben. Es war die erste EGMR-Rüge für die (neutrale) Schweiz, welche nicht einmal zu Europa gehört. Es wurde so oft und vor allem in letzter Zeit oft Diskutiert, dass ein Beitritt in die EU, automatisch zu „Fremden Richtern im eigenen Land“ führt. Noch bevor wir der EU beigetreten sind, wurde dieser Ausspruch Wirklichkeit. So fremd waren nicht alle Richter, schliesslich war der Schweizer Richter Andreas Zünd Mitglied im 17 Richter umfassenden Gremium, aber dazu später. Wer waren denn die Kläger*innen? Es waren die „Klimaseniorinnen“. Sie haben richtig gelesen, es waren nur Seniorinnen. So komme ich wenigsten den Gendern nicht ins Gehege, denn diese Klimaseniorinnen legen sogar Wert darauf, dass es sich bei dieser Gruppierung ausschliesslich um Frauen handelt.

Wer sind diese Klimaseniorinnen?

Doch wer sind diese Klimaseniorinnen eigentlich? Die Gruppe der Klimaseniorinnen ging aus der «GrossmütterRevolution» hervor. Wie es dazu kam, schildert die Co-Präsidentin der Klimaseniorinnen, Rosmarie Wydler-Wälti: «An der Frühlingstagung der GrossmütterRevolution 2016 in Schwarzenberg stellte Oliver Heimgartner von Greenpeace sein Anliegen vor [...] Spontan entschlossen sich mehrere der Anwesenden zum Mitmachen.»

Zur Person von Oliver Heimgartner: Dieser amtiert seit 2020 als Co-Präsident der SP der Stadt Zürich. Mit eher mässigem Erfolg: Bei den Gemeinderatswahlen 2022 verlor die Partei sechs Sitze und er selber fiel vom 7. Listenplatz in die Endabrechnung noch um zwei weitere Ränge zurück. Nun diese „Grossmüttern“ outen sich gleich selber auf ihrer Webseite.

Zu Besuch bei den Grossmüttern

Man wird auf der Webseite des Vereins freudig begrüsst: «Wir sind Grossmütter-Revolution». Mindestens ebenso enthusiastisch preist die Migros diese «Revolutionärinnen» an: «Grossmütter der neuen Generation leisten einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Generationenbeziehungen im Wandel der Gesellschaft. Damit tragen sie zur allgemeinen Lebensqualität bei und fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt.» Was hat ausgerechnet die Migros damit zu tun.

«Migros-Revolution»



Nicht nur gibt es «Revolutionen made by Migros», nein, der Detailhändler stellt auch noch gleich die Revolutionsführerin. Ob sich Migros-Kunden wohl bewusst sind, welche sonderbare Machenschaften sie mit ihren Einkäufen mitfinanzieren? Was die Migros in letzter Zeit für Machenschaften und Skandale hervorruft, zwingen mich die Migros noch mehr zu meiden. Ich weiss das kümmert die Migros aber gar nicht, schliesslich bin ich „NUR EIN MANN“. Vielleicht bringt dieser Artikel auch Frauen dazu, darüber nach zu denken. Denken Sie noch weiter nach..... Die Migros hat 2,3 Mio Genossenschafter. Die Migros hat 32 Mrd. Umsatz. Als Genossenschaft zahlt die Migros praktisch keine Steuern. So kann die Migros

sich an solch fragwürdigen Projekten beteiligen, damit der Gewinn vor dem Fiskus versteckt werden kann. Sie können ruhig noch weiter denken.....

Diese Revolution im Sandkasten erinnert tatsächlich eher an einen Kindergarten – nicht unpassend dazu auch der erlernte Beruf von Rosmarie Wydler-Wälti: Kindergärtnerin. Nicht die einzige übrigens bei der GrossmütterRevolution und den Klimaseniorinnen.

«Revolutionsführerin» Anette Stade selber ist allerdings aus ziemlich hartem feministischen Holz geschnitzt: So amtierte sie auch als Präsidentin der Gleichstellungskommission Basel-Stadt.

Diese Selbstcharakterisierung der GrossmütterRevolution wirft natürlich sogleich Fragen auf: Was sind eigentlich «Grossmütter der neuen Generation» – und haben Grossmütter älterer Generationen etwa nichts Wesentliches zum Gelingen der Generationenbeziehungen geleistet?

Was es mit den «Grossmüttern der neuen Generation» auf sich hat, beantwortet möglicherweise nochmals Rosmarie Wydler-Wälti: Diese bezeichnet sich nämlich selbst als «Ökofeministin».

Wir begegnen bei den Klimaseniorinnen immer wieder eingefleischten Feministinnen der ersten Stunde. Darum wurde auch in allem Bezeichnungen immer auf Gender-Regeln verzichtet. Da liegt es nahe, dass Männer unerwünscht sind.

Männer unerwünscht

Ihr Mann darf ihr zwar «bei technischen Fragen am Computer» helfen. Aber sonst gilt die Devise: Bei der GrossmütterRevolution und den Klimaseniorinnen sind Männer unerwünscht.

Trotz Revolution im Namen und ziemlich radikal praktiziertem Feminismus kommt die GrossmütterRevolution überraschend handzahn daher. So schreibt der Verein in einem Rückblick auf die ersten zwölf Jahre seiner Existenz: «Zwölf Jahre ist es her, da hat das Migros-Kulturprozent, zusammen mit der Projektentwicklerin Anette Stade die GrossmütterRevolution initiiert und zum Laufen gebracht.»

Also keine Revolution, die sich an heiligem Zorn über unhaltbare Missstände spontan entzündet hätte, sondern initiiert und animiert von der Migros. Wer's nicht glaubt, dass die Migros tatsächlich «Revolutionen» im Angebot führt, den belehrt die Webseite des Vereins eines Besseren: «Anette Stade leitet im Auftrag des Migros-Kulturprozent die GrossmütterRevolution».

«Klimaseniorinnen» spielen ein unehrliches Spiel

Hätte der Europäische Menschengerichtshof vor seiner Entscheidung nur ein wenig recherchiert, hätte ihm klar sein müssen: Er wird von den «Klimaseniorinnen» an der Nase herumgeführt.

«Gleichstellungsanfänger*in»

Diese bezeichnete bürgerliche Frauen auch schon als «Gleichstellungsanfänger*in» und dekretierte: «Wir tun uns schwer, Frauen aus bürgerlichen Parteien für Gleichstellungsthemen zu begeistern. Obwohl alle in der Pflicht wären.»

Man lernt: Einerseits sollen Frauen emanzipiert sein – und andererseits trotzdem brav nach der Pfeife tanzen. Nicht der Pfeife eines Mannes selbstverständlich, doch sobald die die Oberfeministin «Pflicht!» bellt, gilt dort: Auch eine bürgerliche Politikerin hat sich umgehend ins feministische Glied einzureihen.

Die Wege der Revolutionsführerin und der revolutionären Grossmütter trennten sich vor zwei Jahren: Während einige ihrer ehemaligen Schützlinge öffentlichkeitswirksam als Klimaseniorinnen Radau machen, fungiert dieselbe Anette Stade mittlerweile als «Tourmanagerin in der Schweiz und Reiseleiterin für schamanische Reisen» in die Mongolei.

Die einen klagen, die andere verkauft Flüge

Erst ein wenig Grossmütter-Revolution machen, dann schamanische Reisen organisieren: Beides eher esoterisch. Doch auch die Esoterik vermag die physikalischen Gesetze nicht vollständig auszuhebeln. Oder mit anderen Worten: Geflogen in die Mongolei wird nicht etwa mit fliegenden Teppichen, sondern ganz profan mit dem Flugzeug (obwohl es eigentlich auch eine Zugverbindung gäbe).

Und gemäss Webseite {<https://www.jangar-reisen.ch/über-uns>} «zuständig für [...] die Buchung der internationalen Flüge»: Anette Stade. Ausgerechnet!

Dass Reisen, wie Flüge, Kreuzfahrten etc. weder nachhaltig noch umweltschonend ist wissen wir in der Zwischenzeit. Das musste auch Greta Thunberg erfahren, nachdem Sie den Atlantik im Segelboot überquert hat. Die unzähligen Begleit-Flugzeuge und Helikopter waren alles andere als umweltschonend. Zurück ging die Reise im Flieger. Wir erinnern uns auch gerne an den «Klimakleber» Max Voegtli und seine Flugreise nach Mexiko...

Doch nicht nur bei der Flugscham hapert es ganz offensichtlich in diesen Kreisen, auch bei der Klage vor dem Europäischen Menschenegerichtshof wurde mit gezinkten Karten gespielt.

Organisiert von Greenpeace



Der Prozess vor dem Menschenegerichtshof war letztlich orchestriert und organisiert von Greenpeace: Die Grossmütter – pardon: Klimaseniorinnen – waren nur Staffage und mehr oder weniger willige Instrumente in der Hand von Greenpeace. Ziel der Umweltorganisation: Politik machen unter Zuhilfenahme juristischer Institutionen.

Wie Greenpeace die Klimaseniorinnen rekrutiert hat, beschrieb die Co-Präsidentin der Klimaseniorinnen ja gleich selbst. Und ebenso, dass es kaum die vorgeschobene Angst vor dem Hitzetod ist, welche ihr Handeln motiviert.

Frei von der Leber weg erzählt sie, wie sie sich schon immer für Umweltschutz engagierte, «in den 70er-Jahren an der Demo gegen das AKW Kaiseraugst dabei» war und «seit Beginn an den Ostermärschen teilgenommen» habe. Sie engagiere sich für «eine gesunde Ernährung» und «besonders geprägt» haben sie «die Folgen der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl». Also ganz viel Anti-Atom und wenig Klimaangst.

Eine Agenda aus der Mottenkiste

Geht's dann doch einmal um den Klimawandel, dann würde «vor allem auch unsere Enkelgeneration» profitieren – und Menschen in armen Ländern (bloss nicht hitzegeplagte Seniorinnen hierzulande): «Wenn wir von Klimagerechtigkeit sprechen, stehen natürlich an erster Stelle die ärmeren Länder [...] 5 voneinander unabhängigen Studien zufolge werden in 20 Jahren über 200 Millionen Klimaflüchtlinge unterwegs sein. Und falls einige die Schweiz überhaupt je erreichen, werden sie als Wirtschaftsflüchtlinge abgewiesen, weil sie ja nicht von Gewalt bedroht sind.»

Wir haben also: Ein paar «revolutionäre Grossmütter», welche in Strassburg auf dem Buckel der Bevölkerung «Revolution» spielen und ihre 1968er Agenda aus der Mottenkiste umsetzen wollen, einen relativ erfolglosen (und damit

demokratisch kaum legitimierten) Zürcher Lokalpolitiker, der dem ganzen Land seiner Weltsicht aufzwingen will, eine NGO, welche sich keinen Deut um demokratische Prozesse schert – und einen grossen Detailhändler, der aus unerfindlichen Gründen dabei mithalf, das Ganze in Bewegung zu setzen.

Oder mit anderen Worten: Ein Kabinett des Grauens und der Verantwortungslosigkeit. Doch damit nicht genug. Wer glaubt, dass der Sturm bald vorüber ist, hat die Rechnung ohne die Wirtinnen gemacht. So droht uns Rosmarie Wydler-Wälti resolut an: «Wir bleiben und kontrollieren, bis die Agenda umgesetzt ist.» Das Matriarchat setzt die Ökodiktatur durch, demokratische Prozesse sind dabei irrelevant. So definieren diese «Grossmütter einer neuen Generation» offensichtlich den «gesellschaftlichen Zusammenhalt».

Greta Thunberg mischt auch mit



Wenn das Wort Umwelt ausgesprochen wird, so ist Greta Thunberg gleich zur Stelle. So war Sie auch gleich in Strassburg zur Stelle, um die Grossmütter-Revolution zu unterstützen. Bei soviel Gemeinsamkeiten zwischen den zwei Gruppierungen, welche mindesten 50 Jahre Altersunterschied aufweisen, muss man mindestens Erfolge zusammen Feiern. Sie wissen nicht was für

Gemeinsamkeiten ich meine. Beide Gruppierungen sind femininersorry feministischer Natur. Beide Gruppierungen sind Marionetten der Green Peace. Wie sich aber Frau Thunberg, in ihrer Euphorie über die Schweiz äussert, sollte Ihr die Einreise in die Schweiz untersagt werden, auch nach Davos zum WEF.

Der «fremde Richter» Andreas Zünd pfeift auf Kritik



Andreas Zünd war in Strassburg am Sieg der Klimaseniorinnen beteiligt. Der momentan umstrittenste Schweizer Jurist sagt im Interview, weshalb er die politische Debatte nicht relevant findet. Dieses Urteil verduzt die Schweiz, ja den ganzen Kontinent. Am Dienstag hat der Europäische

Gerichtshof für Menschenrechte die Eidgenossenschaft verurteilt. Das Verdikt gilt schon jetzt als historisch. Die Siegerinnen sind die sogenannten Klimaseniorinnen, ein Verein von rund 2500 Frauen, organisiert und mitfinanziert von der Umweltorganisation Greenpeace und Migros. Nach dem Urteil steht besonders Andreas Zünd (67) im Visier. Er ist als Nachfolger von Helen Keller (59) seit 2021 der Schweizer Richter am Menschenrechtsgerichtshof.

Zünd gehört zu den 17 Richtern, die gegen die Schweiz entschieden. Wie kann er nur? Fragt sich halb Helvetien. Zünd, SP-Mitglied und ehemaliger Bundesrichter, polarisiert. «Niemand verurteilt die Schweiz zuverlässiger als er», schrieb die «NZZ» im Februar. Blick hat den streitbaren Juristen am Donnerstag zum Gespräch empfangen. Und einen Mann von sanfter Erscheinung angetroffen, ruhig und überlegt redend – aber entschieden und unbeugsam in der Sache. Doch wenn man genauer hingehört hat, war die Arroganz von Andreas Zünd eines Richters nicht würdig. Auf Kritik meinte er ;**«Das perlt an mir ab»**. Das war ein Affront gegenüber dem Schweizervolk. Das stärkt das Vertrauen in die Justiz auch nicht....vor allem nicht in Sachen „Fremde Richter“. Brisant war auch, von den 17 Richterinnen und Richtern hat beim entscheidenden Punkt nur der Brite dagegen gestimmt. Das verblüfft mich nicht, schliesslich hat Grossbritannien Europa-Erfahrung, und auch genug negative, nach dem Brexit. Das Königreich kann die demokratische Schweiz verstehen.

Beat Jans: kein Verständnis für Aufregung bei Rösti & Co.



Energieminister Albert Rösti kritisiert das Klima-Urteil aus Strassburg heftig. Die Fortschritte der Schweiz seien nicht berücksichtigt worden. Wichtig sei zunächst, den Entscheid zur Kenntnis zu nehmen und genau anzuschauen. Der Entscheid sei aussergewöhnlich und für viele Juristen überraschend gekommen. Aber zwei Punkte seien klar: «Die Schweiz wird weiterhin souverän, ganz eigenständig, über ihre Klimapolitik entscheiden.» Und: «Das war kein Entscheid gegen die Schweizer Bevölkerung, sondern für die Schweizer Bevölkerung.»

Üblicherweise äussern sich Bundesräte nicht über ihre Kolleginnen und Kollegen und reden ihnen bei ihren Dossiers nicht drein. Zumindest nicht öffentlich; gestritten und gekämpft wird in den Bundesratsitzungen. Danach präsentiert man sich als geeintes Gremium, Stichwort Kollegialitätsprinzip.

Anders beim Thema «Klimaseniorinnen»: Zu denen, beziehungsweise zum



Urteil des Menschenrechts-Gerichtshofs, hat sich Umweltminister Albert Rösti (SVP) bereits klar positioniert. Es ist ja auch sein Dossier - aber halt auch dasjenige von Justizminister Beat Jans (SP). Letzterer distanziert sich nun in der SRF-Sendung «Gredig direkt» klar von der Kritik von Bundesrats-Gschpänli Rösti. Albert Rösti stellte sich nach Bekanntwerden des Urteils sofort

auf die Hinterbeine: Solches sei mit der direkten Demokratie nicht vereinbar. Als Zuständiger für Rechtsbelange müsste Bundesrat Jans wohl Verständnis haben für



diese Argumente. Tut er aber nicht: «Nein, ich habe kein Verständnis für die Aufregung, die jetzt in Zusammenhang mit diesem Gerichtentscheid entstand.» Das Urteil habe ausserdem «wirklich überhaupt nichts» mit den EU-Verhandlungen zu tun. Das wundert mich gar nicht, denn Bundesrat Beat Jans ist ein grosser Europa-Befürworter und treibt die Verhandlungen voran. Wahrscheinlich wartet auf ihn bereits ein gut bezahlter Job in Brüssel. Ein gutes Beispiel hat er schon mit seinem Vorgänger Altbundesrat Alain Berset erlebt. Es darf nur gehofft

werden, dass der Bürger sich an die „Fremde Richter“ erinnert, wenn es um den Europa Beitritt geht.

Nun muss die Schweiz also auf Geheiss von Strassburg mehr für den Klimaschutz machen. Grüne, Linke und Umweltschützer jubeln. Die Landesregierung hält sich öffentlich bedeckt und wartet ab, welche weiteren Schritte das Bundesamt für Justiz empfiehlt. Am Mittwoch wurde die Sache bloss mit einer kurzen Notiz im Bundesrat abgehandelt. Hinter den Kulissen allerdings herrscht Unmut. Die bürgerlichen Parteien und ein Teil der Juristen wittern einen Bruch der Gewaltenteilung. Die SVP verlangt den Austritt aus dem Europarat. FDP-Ständerat und Rechtsanwalt Andrea Caroni (43) will die Menschenrechtskonvention mittels «griffigem Zusatzprotokoll» auf ihre «Kernaufgabe» reduzieren.

Klima gleich Menschenrecht?

Der Laie denkt beim Thema Menschenrechtsverletzungen an türkische Gefängnisse oder aserbaidische Angriffskriege, nicht an rechtsstaatlich abgestützte Behördenentscheide in einer offenen Demokratie. Der Sache der Menschenrechte erweisen Sie damit einen Bärendienst. Wann kommen Menschenrechtsklagen für vegane Nahrungsmittel oder wegen fehlender WCs fürs dritte Geschlecht?

Natürlich gibt es «Core Rights», also Kernrechte wie ein Folterverbot. Es gibt aber auch Menschenrechte, die nicht diese dramatische Schwelle erreichen. Dazu gehören etwa Versammlungsfreiheit oder Meinungsäusserungsfreiheit. Sie sind zentral für das Funktionieren einer Demokratie. Die Beeinträchtigung des Anspruchs auf Privatleben aufgrund des Klimawandels ist eine neuartige Herausforderung, die menschenrechtsrelevant ist. Denken Sie an Leben und körperliche Unversehrtheit der Menschen. Es kommt nicht von ungefähr, dass unter Laien, wenn die Rede von Juristen ist, auch Rechtsverdreher gesagt wird. Heute kann man alles Drehen und Wenden bis es passt, jedoch immer zum Nachteil des Schwachen.

Politiker wie FDP-Ständerat Andrea Caroni fordern als Konsequenz, dass künftig das Parlament und nicht der Bundesrat den Schweizer Richter in Strassburg bestimmt.

Lisa Mazzone (36) «Es ist ein historischer Sieg», Präsidentin der Grünen Schweiz, zum Urteil des Europäischen Umweltgerichtshofs: «Man anerkennt heute, dass das Recht auf gesunde Umwelt ein Grundrecht ist!»

Droht jetzt eine Klimaklage-Welle?

Auch Bäuerin zieht vor Gericht!

Die Klimaseniorinnen triumphierten vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof. Ist das nun der Auftakt einer Klagewelle? Die Klimabauern sind schon vor dem Urteil nachgezogen. Der Anwalt der Bauern ist der Waadtländer Anwalt Raphaël Mahaim (40). Der Grünen-Nationalrat hat auch die Klimaseniorinnen vor dem Gericht in Strassburg (F) vertreten. Zusammen mit anderen Anwälten hat er einen Verein gegründet, der Klimaklagen fördern will. Dennoch glaubt Mahaim nicht, dass das Urteil zu einer Klagewelle führt. «Natürlich wird das Urteil die Bewegung der Klimaklagen beschleunigen, aber das Gericht hat auch klar gesagt, dass es noch immer strenge Hürden für eine Klage gibt.» So erwähnt Mahaim beispielsweise die vier Einzelklägerinnen unter den Klimaseniorinnen, die der EGMR nicht zugelassen hat. Solche Aussagen von Mahaim haben für mich den Anstrich von Ablenkungsmanövern. Mahaim sind bislang nur die Seniorinnen und die Bauern bekannt, die gegen die Schweiz klagen. Jedoch gebe es noch weitere Fälle, bei denen das Klima indirekt eine Rolle spielt. «So gibt es zum Beispiel Klagen gegen Firmen wie der Zementhersteller Holcim. Sie machen zu wenig, um die CO₂-Emissionen zu senken», sagt Mahaim.

Er hofft, das Strassburger Urteil nützt auch in solchen und ähnlichen Fällen. Zum Beispiel, wenn es um die Pistenverlängerung beim Flughafen Genf geht. «Auch dieser Ausbau schadet dem Klima, wenn deshalb mehr geflogen wird.» Solche Gedankengänge machen mir Angst. Will man das Rad der Zeit zurückdrehen. Etwas zurückdrehen wäre ja nicht schlecht, aber das kommt langsam einem Stillstand gleich.

Es ist ein historisches Urteil: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verurteilt die Schweiz, weil sie zu wenig für den Klimaschutz macht. Und es ist ein Urteil mit Folgen, denn es könnte zu weiteren Klagen kommen.

Man kann wirklich nicht sagen die Schweiz macht zu wenig für den Umweltschutz. Es ist nicht zu wenig was die Schweiz macht, ich glaube Sie machen das richtige. Wenn man nach Deutschland schaut, sieht man, was die Auswirkung ist, für unüberlegte Massnahmen und Entscheide. Es sind nicht nur die fossilen Brennstoffe, welche die Umwelt zerstören, haben Sie auch schon daran gedacht was der Elektro-Hype an Umweltschäden auslöst. Man sollte auch mal so flexibel sein, den Fokus zu ändern. Da entdeckt man plötzlich auch mal andere Umweltsünden. Vielleicht setzt man mal ein Augenmerk auf die verschwenderische Verpackungsindustrie, welche Plastikmüll in nicht mehr messbaren Mengen produziert.

Meine persönliche Meinung

Soll der Bundesrat ab morgen Elektroöfen oder Verbrennungsmotoren, oder gar fossile Heizungen verbieten, damit Strassburg zufrieden ist? Was da abgeht ist eine Untergrabung unserer Demokratie. Auch das Pariser-Klimaabkommen wurde nie demokratisch abgesegnet. Die Schweiz sollte aus allen Institutionen austreten und ihre eigenen Wege gehen. Das war in der Vergangenheit immer die beste Lösung und wird es auch in Zukunft sein. Uns geht es nur besser, weil die Politiker keinen Freibrief haben. Es zeigt sich, überall wo Politiker die Legitimation des Volkes umgehen, kostet es Milliarden, zerstört die Wirtschaft und schränkt die Rechte der Bürger ein.

Ich schäme mich in Grund und Boden für die Klimaseniorinnen. Ich schäme mich, weil ich zu dieser Generation gehöre. Wenn ich zurück blicke ist genau unsere Generation, welche nun 70 Jahre lang, bis zur Covid Krise, sehr (über-)komfortabel gelebt hat. Ich möchte nicht wissen wieviel Autokilometer jede von diesen Seniorinnen zurück gelegt hat. Ich möchte auch nicht wissen wohin Sie in Urlaub geflogen sind und wieviele Kreuzfahrten Sie genossen haben. Ich möchte auch nicht wissen wie komfortabel Sie wohnen, in auf 25 Grad geheizten Wohnungen und Häuser. Ich bin noch lange nicht fertig auf unser komfortables Leben zurück zu blicken, aber ich setzte hier einen Schlusspunkt. Gerne würde ich diese Novelle mit „Wasser predigen, und Wein trinken“ übertiteln.

Eine grosse Angst habe ich jedoch vor der Politik. Ich möchte den Frauen nicht zu nahe treten, darum richtet sich meine Kritik ausschliesslich nur an die eingefleischten Feminist*innen mit Gleichstellungswahn gesegneten Politiker*innen. Es ist unglaublich was für abstruse und unmöglich Vorstösse, Gesetzesänderungen und Abstimmungen (egoistischer Art) diese (feministischen) Politiker*innen an den Tag legen. Wo das hinführt lebt uns der Deutsche Bundestag tagtäglich vor, wo die Politiker*innen den oben erwähnten Freibrief haben.

Wir haben in der Schweiz auch bodenständige Kantone mit grosser Weitsicht und gutem politischem Gespür. Ich spreche von Appenzell Innerrhoden. Der Kanton Appenzell Innerrhoden war der letzte Kanton, welcher den Frauen das Stimmrecht in kantonalen Angelegenheiten vorenthielt. Auf eidgenössischer Ebene wurde das Frauenstimmrecht im Jahre 1971 mittels Volksabstimmung eingeführt. Dabei wurde ein Vorbehalt für das kantonale (und kommunale) Stimm- und Wahlrecht berücksichtigt. Zehn Jahre später wurde die Gleichstellung von Mann und Frau im Gesetz verankert. Am 27. November 1990 wurde der Kanton Appenzell Innerrhoden durch das schweizerische Bundesgericht gezwungen auch

auf kantonaler Ebene das Frauenstimmrecht ein zu führen. Diesen Bundesgerichtsentscheid haben natürlich ein mal mehr feministische Politiker*innen und Organisationen herbeigeführt. Trotz diesem aufgezwungenen Frauenstimmrecht, ist es den Appenzeller gelungen, feministische Strömungen und Ideen zu unterbinden, ganz im Gegensatz zum Kanton Zürich, wo sich sogar Männer von feministischen Strömungen beeinflussen lassen mit Ausblick von erhofftem Stimmenfang.

Eine kleine Hoffnung bleibt bei mir hängen nach diesem Debakel. Wenn bei diesem Wettlauf zur EU von Neubundesrat Beat Jans, zu einer EU Beitrittsabstimmung kommen sollte, dass sich die „echten“ Schweizerbürger wieder an diese fremden Richter in unserem Land erinnern.